

Tà katoptrizómena

Das Magazin für Kunst | Kultur | Theologie | Ästhetik

Heft 147 | [Home](#) | [Archiv](#) | [Impressum und Datenschutz](#) | [Das Magazin unterstützen](#)

Greta Thunberg, how dare you?

Klima retten ist etwas anderes, als Propaganda gegen Israel zu betreiben.

Andreas Mertin

Im Blog von tà katoptrizómena hatte ich am 27. Oktober 2023 zu den damaligen ersten **Äußerungen von Greta Thunberg** zum Nahost-Konflikt geschrieben:



Die Klimaaktivistin Greta Thunberg solidarisiert sich wiederholt im Rahmen der Fortsetzung ihrer wöchentlichen Aktionen mit dem Gazastreifen. Das ist im Rahmen der Meinungsfreiheit vielleicht ihr Recht, beweist aber eine bemerkenswerte Empathielosigkeit gegenüber den vorangegangenen Ereignissen. Thunberg ordnet sich ein in eine Tradition der Linken, die sich mit Palästinenser:innen solidarisieren, weil sie sie für die Unterdrückten im Konflikt im Nahen Osten halten, und empathielos gegenüber der Geschichte der Juden und Jüdinnen reagieren, das Existenzrecht Israels ignorieren oder sogar bestreiten. Auffällig ist zunächst, dass die Hamas selbst zunächst gar nicht erwähnt wird. Ähnlich wie bei linken Reaktionen in Deutschland bemüht man sich, zwischen Palästinensern und der Hamas zu unterscheiden. Die Hamas ist aber nicht nur eine palästinensische islamistische Bewegung, sie wurde auch von der Mehrheit der Bevölkerung im Gaza-Streifen 2006 an die Macht gebracht. In Deutschland waren es nach 1945 die Rechten, die immer zwischen den Deutschen und den Nazis unterschieden und suggerierten, nicht die Deutschen, sondern nur die Nazis seien für die Verbrechen verantwortlich. Das ist aber eine schiefe Perspektive und wird auch in der Übertragung auf die Verhältnisse im Nahen Osten nicht plausibler. Es wäre schon sinnvoll, auch in der Berichterstattung immer von der palästinensischen Hamas zu schreiben. Man kann die Palästinenser:innen nicht pauschal exkulpiert, indem man so tut, als hätten sie mit der Hamas nichts zu tun. Ja, auch viele Palästinenser:innen leiden unter der palästinensischen Hamas, die nach der Machtergreifung 2007 begann, ihr eigenes Volk zu unterdrücken. Das muss benannt werden. Und dennoch ist es eine an der Macht befindliche palästinensische Regierung, in deren Auftrag im Oktober tausende Zivilist:innen in Israel angegriffen wurden. Und deren Schergen verübten ein Massaker. Das wurde in der Narratio etwa der demokratischen Sozialisten in den USA schon Anfang des Jahres vorbereitet, indem sie von der Nichtunterscheidbarkeit von Militär und Zivilbevölkerung in Israel sprachen. Unter Verweis auf

die Siedlerbewegung werden alle Israeli:nnen zu legitimen Zielen erklärt. Die Folgen davon erleben wir aktuell. Im Rahmen einer Kritik an der europäischen Kolonialpolitik wird der Staat Israel sowohl als Profiteur des Kolonialismus wie auch selbst als kolonialistische Macht dargestellt, weshalb er zu bekämpfen sei. Das ist aber eine verkürzte Sicht. Als ob nicht die arabischen Palästinenser:innen selbst die Erb:innen einer großen kolonialen Bewegung wären, die Mitte des 7. Jahrhunderts Palästina eroberte. Kolonialismus kann nicht auf das 19. und 20. Jahrhundert begrenzt werden, er durchzieht die gesamte Geschichte. So wie die europäische Kolonialgeschichte nicht erst im 15. Jahrhundert beginnt, beginnt auch die Kolonialgeschichte im Nahen Osten viel früher. Anders aber, als es die Bibel darstellt, ist die Bildung der jüdischen Staaten in der Antike nicht Ergebnis einer kolonialen Eroberung, sondern einer Ausdifferenzierung der regionalen Bevölkerung. Indem Greta Thunberg auf ihrem Foto nun die Solidarität mit den Palästinenser:innen mit dem Engagement für die Umweltbewegung verknüpft hat, schädigt sie letztere. Wäre das Eintreten für bestimmte nationalistische Gruppen in Palästina das Schibboleth des Engagements für die Umwelt, werden alle, denen die Solidarität mit Israel und die Erinnerung an Millionen in der Shoa getöteter Juden und Jüdinnen unverzichtbar ist, ausgeschlossen. Hier werden zwei ethische Dilemmata auf fatale Weise miteinander verknüpft.

Aufgabe aller Erziehung ist, so hat es Theodor W. Adorno 1966 in seinem berühmten Rundfunkvortrag gesagt, dass Auschwitz sich nicht wiederhole.

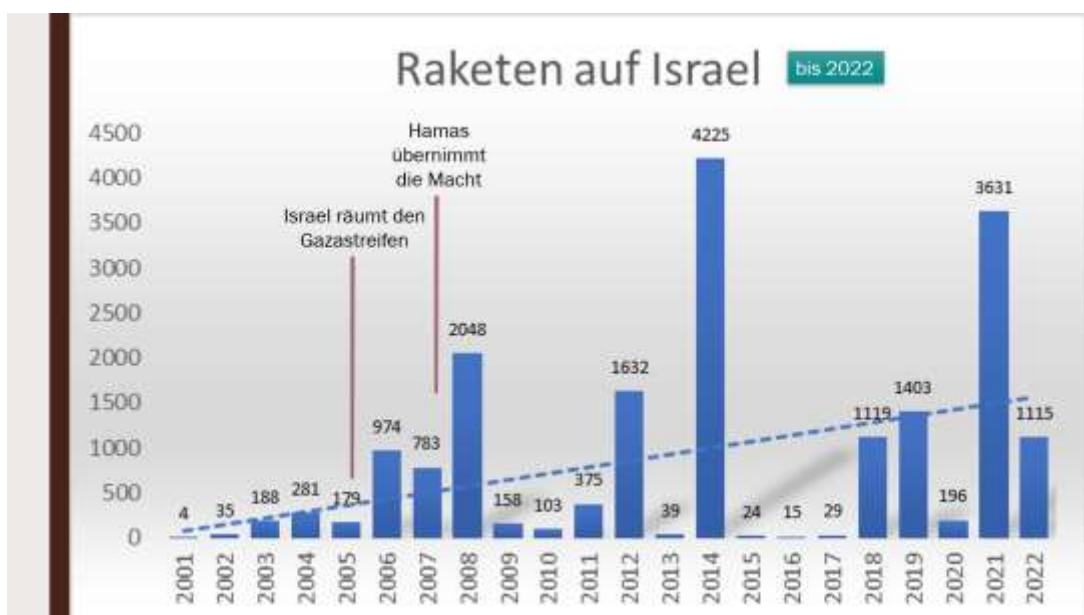
„Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, dass man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat. Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug.“

Auch Greta Thunbergs nachgeschobene Erklärung, sie sei natürlich gegen Antisemitismus, macht es nicht besser, im Gegenteil. Dass sie gegen Antisemitismus sind, erklären fast alle. Antisemitismus wird nicht durch formelhafte Bekenntnisse aufgehoben, sondern misst sich an den Folgen, die bestimmte Äußerungen haben. Der auf dem Foto von Thunberg sichtbare Slogan „Free Palestine“ lässt sich mit aller Vernunft nur so deuten, dass Palästina von Israel (und den Juden) befreit werden soll. Das ist eine völkerrechtswidrige Forderung, die man als israelbezogenen Antisemitismus charakterisieren muss. Dem entkommt man nicht, indem man abstrakt erklärt, man sei natürlich gegen Antisemitismus. Nach dem Motto: *Ich habe nichts gegen Juden, viele meiner Freunde sind Juden, aber Juden (oder Israelis) gehören nicht nach Palästina.* Man muss nicht Vertreter der IHRA-Definition des Antisemitismus sein, um darin israelbezogenen Antisemitismus zu erkennen. Das humanistische Schibboleth für alle ist hier notwendig die Anerkennung des völkerrechtlich verbürgten Existenzrechts Israels.



Anders als manche in den konservativen Medien es jetzt darstellen, diskreditiert das in seiner Abstraktheit und Empathielosigkeit fatale exklusive Engagement Greta Thunbergs für die palästinensische Sache nicht das Engagement der jungen Generation für die Klimawende. Man muss nur – anders als Thunberg es getan hat – das eine vom anderen trennen. Auch wer in Sachen Palästina zu völlig anderen Schlussfolgerungen als Greta Thunberg kommt, ihnen diametral widerspricht, bleibt dennoch auf das Engagement zugunsten einer Klimawende verpflichtet – so ambivalent und schwierig das nach den jüngsten Äußerungen der internationalen (nicht der deutschen) FFF-Bewegung auch geworden ist. Es fällt freilich schwer, sich in (internationalen) Organisationen zu engagieren oder auch mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn ihnen das Schicksal einer Religion und eines ganzen Landes egal ist.

Soweit der seinerzeitige Blogeintrag. Nun ist das Eintreten für die Palästinenser:innen ja eine Haltung, die auch von vielen Juden und Jüdinnen in der Welt geteilt wird. Es ist eine der großen Stärken der jüdischen Kultur, dass sie auf kontroversen Gedankenaustausch basiert. Es gibt keine homogene Meinungskultur im Sinne eines staatlich repressiv befriedeten Denkens (wie es etwa im Gazastreifen gut zu beobachten ist), sondern ganz verschiedene und zum Teil sehr ausdifferenzierte Meinungskundgebungen. Das weiß jeder, der sich einmal [Haaretz](#), [Israel Today](#) oder [Israel Hayom](#) anschaut. Insbesondere Haaretz ist für seine überaus ausgewogene und auch die Sicht von Palästinenser:innen berücksichtigende Haltung bekannt. Mir ist kein palästinensisches Medium bekannt, das derart objektiv wäre. Haaretz ist manchem Rechten in der israelischen Gesellschaft schon zu ausgewogen, so dass ein rechter Minister während des jüngsten Gaza-Konflikts von der Regierung den Boykott der Zeitung forderte. Jedenfalls ist es nicht so, dass in der Kommunikationskultur der israelischen Gesellschaft nicht auch alle Ansichten zum Ausdruck kommen können. Nun ist das Verhalten der israelischen Regierung unbestreitbar repressiv gegenüber dem Gaza-Streifen, der Westbank und auch den israelischen Araber:innen. Aber es lassen sich dafür oft auch Gründe nennen. Ein Blick auf den Raketenbeschuss Israels aus dem Gazastreifen sieht die Historie bis 2022 so aus:



Und diese Statistik beschreibt eine traumatische Erfahrung der israelischen Gesellschaft. 2005 räumt Israel den Gazastreifen und entfernt sogar die israelischen Siedler dort gewaltsam. Danach übergibt Israel die Kontrolle an die palästinensische Verwaltung und zieht sich aus dem Gazastreifen komplett zurück. Ob man danach überhaupt noch von einem *besetzten* Gaza-Streifen sprechen kann, ist völkerrechtlich umstritten (es stimmt nur, wenn man Gaza und Westbank als Einheit sieht; freilich hat Israel aktuell den Gazastreifen weitgehend wieder besetzt).

Was aber ist die Folge der Räumung des Gazastreifens 2005? Im folgenden Jahr 2006 vervielfacht sich die Zahl der Raketen vom Gazastreifen auf das Staatsgebiet Israels. 2007 übernimmt die Hamas die Macht im Gazastreifen und wieder vervielfacht sich die Zahl der Raketenangriffe auf Israel. Das nährt das Misstrauen in Israel gegenüber weitreichenden Zugeständnissen. Zwischen 2001 und 2022 wurden knapp 19.000 Raketen auf Israel abgefeuert, das sind im Schnitt jeden Tag 2,2 Raketen. Seit Beginn des jüngsten Konflikts explodieren die Zahlen – aufgrund der militärischen Aufrüstung der Hamas durch den Iran. Allein 2023 wurden 16.000 Raketen auf Israel abgefeuert, 1800 davon bereits vor dem 07.10.2023! Mit seinem Schritt, den Gazastreifen 2005 zu räumen, hat Israel also keinesfalls an Sicherheit gewonnen, ganz im Gegenteil, es entwickelte sich ein enormes Sicherheitsrisiko für das Leben der Bürger:innen in Israel.

Man stelle sich einmal vor, Schweden würde Jahr für Jahr von einer benachbarten Macht mit 850 Raketen beschossen – wie wäre wohl die Reaktion des Staates und der Aktivistin Thunberg? Das Argument der Hamas ist nun, dass Israel ausgelöscht werden müsse, weil es nichts im Nahen Osten zu suchen hat – das sei ein religiöser Auftrag. Entgegen allen Beschlüssen der Vereinten Nationen, die das Existenzrecht Israels garantieren, besteht die Hamas auf der „Vertreibung Israels ins Meer“. Artikel 7 der Charta der Hamas erklärt darüber hinaus, dass nicht nur die Vernichtung des Staates Israel, sondern aller Juden auf der gesamten Welt das Ziel, genauer die Pflicht jedes Muslims sei. Es gehört also zur Programmatik der Hamas, eine nationale, ethnische, rassistische oder religiöse Gruppe (Juden und Israelis) als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Zwar tut man in der Öffentlichkeit so, als habe man sich davon stillschweigend verabschiedet, die jüngsten Handlungen (und vor allem **die Reaktionen darauf**) zeigen aber, dass das nicht der Fall ist. Das wird nun im Blick auf den folgenden Aspekt wichtig.

Greta Thunberg hat Anfang Dezember 2023 den Staat Israel des Genozids an den Palästinenser:innen bezichtigt. Weil Israels Reaktion auf das Oktober-Pogrom maßlos sei und viele Palästinenser:innen zu Schaden kämen, handele es sich um einen Völkermord. Das ist eine sehr gewagte These, eigentlich ein an den Haaren herangezogener Unsinn. Es entspricht eher ideologischem Denken, das zwischen etabliertem Völker-Recht und privatem Gerechtigkeitsgefühl nicht unterscheiden kann. Völkermord ist ein juristischer Begriff, der an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist. Völkermord ist erst seit 1948 ein Straftatbestand im Völkerstrafrecht und geht auf den polnisch-jüdischen Friedensforscher Raphael Lemkin zurück. In der 1948 von den Vereinten Nationen beschlossenen „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords“ wird „Genozid“ definiert als



eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

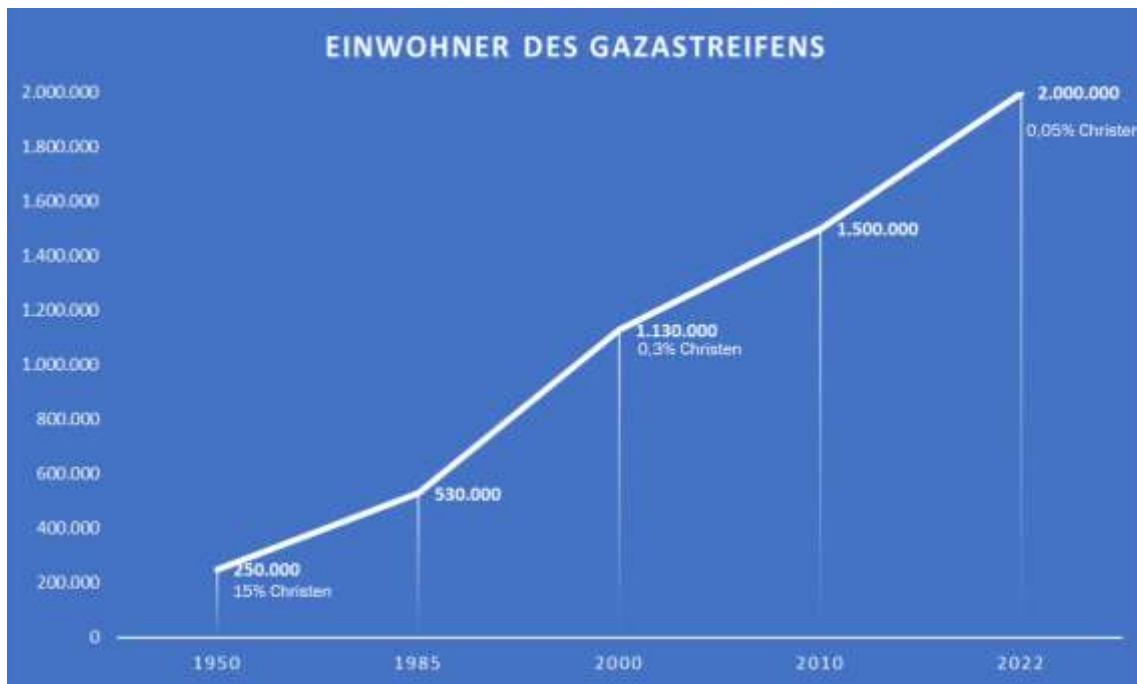
- a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Artikel III der Konvention bestimmt, dass folgende Handlungen zu bestrafen sind:

- a) Völkermord,
- b) Verschwörung zur Begehung von Völkermord,
- c) unmittelbare und öffentliche Anreizung zur Begehung von Völkermord,
- d) Versuch, Völkermord zu begehen,
- e) Teilnahme am Völkermord

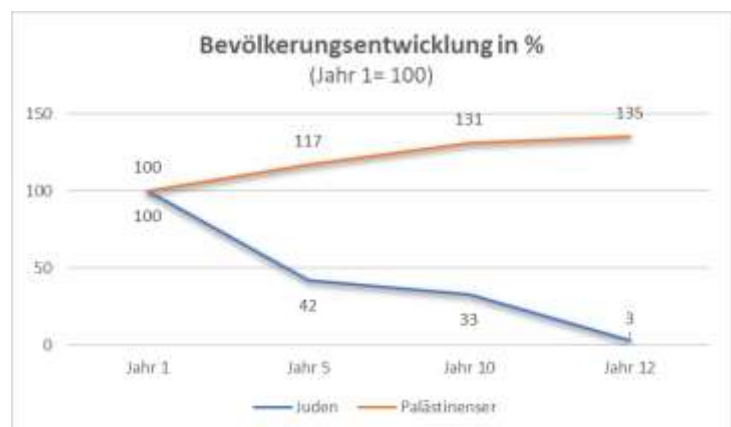
In der nichtjuristischen Debatte werden diese Bestimmungen quasi von hinten nach vorne gelesen. Man stellt fest, dass Israel das Leben nicht nur von Palästinenser:innen bedroht, die gegen Israel vorgegangen sind, und meint, dass sie nach dem Pogrom als überlegene militärische Macht massiv und unverhältnismäßig reagiert. Darum geht es bei dem Straftatbestand „Völkermord“ aber gar nicht, das fällt unter andere Bestimmungen und wird nach dem Ende des Krieges auch daraufhin untersucht werden, ob es unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit bei der Selbstverteidigung gegen einen Angriff legal war.

Bei einem Völkermord geht es jedoch darum, Handlungen und Versuche zu bestrafen, die erklärtermaßen versuchen, eine Gruppe oder maßgebliche Teile von ihr zu vernichten. Dieser Punkt ist zunächst zu klären. Will Israel die Gruppe der Palästinenser vernichten? Dafür gibt es keinerlei Belege (außer Äußerungen einzelner Siedler-Vertreter und menschenverachtender Sätze einiger Regierungsvertreter). Und erst danach wäre zu prüfen, ob die weiteren Punkte erfüllt sind. Dazu gehören die Geburtenverhinderung und die Überführung von Kindern aus Gaza nach Israel. Nichts davon trifft hier zu. Man wird Israel also kaum vorhalten können, dass sie die Palästinenser:innen im Gazastreifen auslöschen wollen. Wenn sie das vorhätten, wären sie seit 75 Jahren die ineffektivste Macht dieser Welt. Innerhalb dieser Zeit hat sich die Bevölkerung im Gazastreifen verachtfacht. Nähme man dagegen die Zahl der Christ:innen im Gazastreifen, so ist deren Anteil im Gazastreifen in der gleichen Zeit von 15% der Bevölkerung auf erschreckende 0,05% geschrumpft. Das könnte man schon eher mit einem Völkermord vergleichen. Es geht hier also um die Anwendung von Doppelstandards.



Der historische Völkermord an den Juden vollzog sich über zwölf Jahre. Vergleicht man die Entwicklung der Zahl der Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich mit der Entwicklung der Palästinenserinnen und Palästinenser in den letzten 12 Jahren, dann ergibt sich folgendes Bild:

Während der behauptete Völkermord an den Palästinenser:innen zu einem Gruppenwachstum von 35% in nur 12 Jahren geführt hat, wurde beim tatsächlichen Völkermord an den Juden deren Zahl im Deutschen Reich um 97% reduziert. Es ist unmittelbar einsichtig, dass dies ganz unterschiedliche und vor allem nicht vergleichbare Prozesse sind.

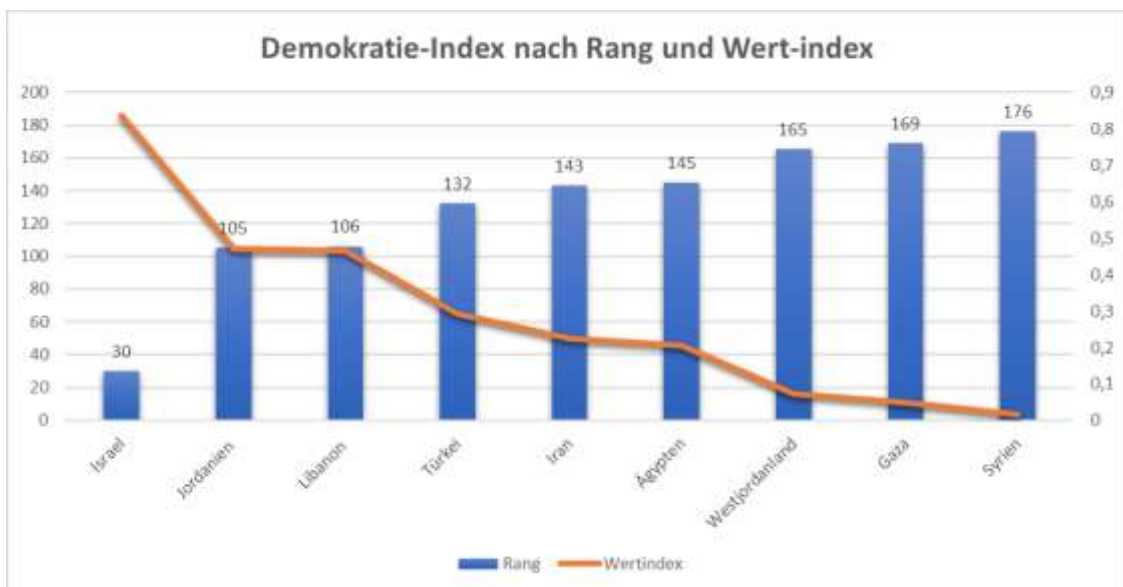


Mir ist natürlich klar, dass beim Völkermord auch der bloße Versuch strafbar ist und die Bewertung nicht von der Zahl der faktisch getöteten / ermordeten Gruppenmitglieder abhängt. Insofern kann der Angriff auf die Synagoge in Halle durchaus im Rahmen des Völkermords erörtert werden, denn es ging um die Vernichtung einer Gruppe als solcher. Das trifft nun aber im Gazastreifen nicht zu. Aber erkennbar soll „Genozid“ hier überhaupt kein rechtsqualifizierter Begriff sein, sondern ein Codewort zur Denunziation Israels.

Freilich kann man, wie es der Genozidforscher Omer Bartov [am 10. Oktober in der New York Times](#) getan hat, von Indizien zu genozidalen Absichten in Israel sprechen. Auch beim Holocaust sei das Ziel zunächst die Deportation der europäischen Jüdinnen und Juden gegangen, habe sich dann aber zu einem Genozid gewandelt. In diesem Sinn gelte es, den Anfängen zu wehren. Aber auch er bestreitet, dass es sich aktuell um einen Völkermord handelt.

Was treibt Greta Thunberg nun an, ihren energischen und ja doch auch öffentlichkeitswirksamen Protest für die Klimabewegung mit einem Thema zu verknüpfen, das damit überhaupt nichts zu tun hat? Ihr Argument lautet: Klimagerechtigkeit kann es nicht geben, ohne gesellschaftliche Gerechtigkeit. Auf der logischen Ebene ist das Unsinn, selbstverständlich kann eine ungerechte Gesellschaft ökologisch gut aufgestellt sein. Manche Erfordernisse des Klimaschutzes erfordern sogar Eingriffe in das Leben in der Gesellschaft, die vielleicht von der Mehrheit gar nicht gewollt und in einem weiteren Sinn auch nicht gerecht sind – weil sie Lasten ungleich verteilen. Thunberg geht es um moralische Implikationen, sie will Ökologie mit Gerechtigkeit verbinden.

Aber selbst, wenn man sich für einen Augenblick auf das Argument einlassen würde, welche Länder kämen denn dann in den Blick? Es gehört ja zur Definition von israelbezogenem Antisemitismus, dass dieser dort vorliegt, wo Israel mit anderen Maßstäben gemessen wird als andere Länder. Nehmen wir also z.B. die **Demokratiematrix der Universität Würzburg**. Hier liegt Israel auf Platz 30, weit vor Ländern wie den Nachbarstaaten. Syrien liegt auf Platz 176 und damit auf dem vorletzten Platz. Palästina/Gaza auf Platz 169, Palästina/Westjordanland auf Platz 165, Ägypten 145, Iran 143, Türkei 132, Libanon 106. Das sind die Realitäten, was den Demokratieindex betrifft. Sowohl das Westjordanland wie auch der Gazastreifen werden dabei als „harte Autokratien“ bezeichnet. Die einzige funktionierende Demokratie im Nahen Osten ist Israel.



Nun können auch demokratische Staaten Bevölkerungsgruppen unterdrücken, aber der Maßstab sollte gewahrt bleiben. Warum also kritisiert Greta Thunberg, die doch sonst so eifrig im Chor der Wissenschaften argumentiert, im Nahen Osten ausschließlich Israel? Das ist wissenschaftlich nicht gedeckt. Die Unterdrückung und Vertreibung von Menschengruppen (z.B. Jüd:innen, aber auch Christ:innen, etwa der Kopten) in vielen der Israel umgebenden Staaten ist um ein Vielfaches höher.

Seit 2014 starben im Bürgerkrieg in Jemen etwa 100.000 Menschen, in Libyen allein 2011 etwa 25.000 Menschen, in Somalia seit 1998 immerhin 500.000 Menschen. Im zweiten äthiopischen Bürgerkrieg starben bis zu 600.000 Menschen. Und das ist kein *Whataboutism*, sondern die Frage nach den Standards. Was begründet die explizite Fokussierung auf Israel? Das ist rational nicht mehr zu begründen. Es ist ja nicht so, dass Greta Thunberg wöchentlich auftritt und sich jedes Mal neben dem Klimawanel ein anderes Land der Erde mit schreiender Ungerechtigkeit oder unterstellten genozidalen Tendenzen auswählt. Sondern sie wählt Israel. Das wird man konsequenterweise als israelbezogenen Antisemitismus bezeichnen müssen. Sie unterwirft sich einer palästinensischen Propaganda, die einen exklusiven Fokus auf den Gaza-Streifen und das Westjordan-Land hat und darüber alle weiteren Regionen der Welt aus den Augen verliert.

Das hat in der Linken seit Jahrzehnten Tradition, weil es hier gar nicht um wirkliche Opfer(zahlen) geht, sondern um einen Marker, anhand dessen man seine Solidarität bekunden kann. Und diese Solidarität gilt dann überraschenderweise ausgerechnet solchen Gruppen, die selbst alle Menschenrechte mit Füßen treten und dies auch explizit verteidigen.

Vielleicht ist aber auch alles viele banaler, sozusagen die abgeschwächte Fortsetzung der Banalität des Bösen. Prof. Ron E. Hassner hat Wall Street Journal von einer Befragung unter Studierenden berichtet, die er in Auftrag gegeben hatte, und die sich mit dem populären Slogan „From the river to the sea“ beschäftigt. Und Hassner ließ fragen: „From Which River to Which Sea?“ Befragt wurden 250 amerikanische Studierende, von denen 33% dem Slogan sehr zustimmten und 53% allgemein zustimmten. Von diesen 86% konnten freilich weniger als die Hälfte überhaupt benennen, um welchen Fluss und welches Meer es sich handelt – und das bei einer Multiple-Choice-Frage! Nur ein Viertel der zustimmenden Studierenden wusste, wer Jassir Arafat war und nicht wenige glaubten, das sei der erste Präsident Israels gewesen. Befragt, in welchem Jahrzehnt das Oslo-Friedens-Abkommen geschlossen wurde, sagten 25% der Befragten, ein solches Abkommen habe es nie gegeben. Immerhin, aufgeklärt über Kontexte und Geschichte, würden 2/3 der Studierenden die Parole nicht mehr verwenden. Hassner schreibt sarkastisch, Dummheit sei keine Schande, es sei denn, man unterstütze aus Dummheit einen Genozid.

Und vielleicht ist es so, dass auch in den linken Bewegungen Europas viele „From the river to the sea“ oder „Free Palestine“ skandieren, ohne überhaupt zu wissen, was sie da skandieren. Ihnen haben Aktivist:innen gesagt, den Palästinenser:innen geschehe großes Unrecht und nun fordern sie, ohne die Implikationen zu bedenken, die Auslöschung Israels. Für möglich halte ich das. Dann hieße die Antwort: Erziehung, Bildung und Aufklärung: *Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung.*

VORGESCHLAGENE ZITATION:

Mertin, Andreas: Greta Thunberg, how dare you? Klima retten ist etwas anderes, als Propaganda gegen Israel zu betreiben, *tà katoptrizómena* – Magazin für Kunst | Kultur | Theologie | Ästhetik, Ausgabe 147 – Kunst Religion Israel II, erschienen 01.02.2023 - <https://www.theomag.de/147/am823.pdf>